

23.11.2012

Niederschrift

Gleichstellungsausschuss

am 07.11.2012 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Heike Brossat

Kreistagmitglieder SPD

Herr Jürgen Kerl

Frau Bärbel Schmidt

Frau Manuela Werbinsky

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Rosemarie Ahlers

Frau Bärbel Andernacht

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Dobrowolski

Herr Jörg-Uwe Ebner

Frau Elke Middendorf

Sachkundige Bürger/innen CDU

Frau Rita Schröder

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Barbara Streich

Kreistagmitglieder FDP

Frau Heike Schaumann

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE.

Frau Petra Ondrejka-Weber

Gäste

Frau Dr. Sandra Glammeier, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären
Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) an der Universität Bielefeld

Verwaltung

Frau Sengül Ersan, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Gabriele Olbrich-Steiner, Planung und Mobilität - Behindertenbeauftragte

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Frau Brossat begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland
- Bericht von Frau Dr. Glammeier, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld
- Punkt 3** Produktorientierter Haushalt 2013; 01.00.04 - Gleichstellung
Vorlage: 178/12
- Punkt 4** Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015
Vorlage: 132/12
- Punkt 5** Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion
Vorlage: 145/12
- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2** **Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland**
- Bericht von Frau Dr. Glammeier, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld

Erörterung

Frau Dr. Sandra Glammeier, Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) an der Universität Bielefeld, berichtet anhand einer Folienpräsentation. Den Bericht gestaltet sie sehr ausführlich und detailliert.

Anstelle der Folienpräsentation verweist Frau Dr. Glammeier auf eine Broschüre im Internet, welche kostenlos unter dem folgenden Link einzusehen bzw. einzuholen ist:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen.did=186150.html>

Die Vorsitzende, Frau Brossat, teilt mit, dass nun zu überlegen sei, wie der Ausschuss helfen bzw. mitarbeiten könne. Auf jeden Fall müsse sich der Ausschuss im kommenden Jahr in diese Thematik einarbeiten.

Frau Middendorf halte es für besonders wichtig, dass an einem Abbau von Diskriminierung gearbeitet werde, denn dies sei neben dem Thema Inklusion das A und O um an diese Thematik dauerhaft heranzukommen.

Auf Nachfrage von Frau Werbinsky teilt Frau Dr. Glammeier mit, dass der größte Teil der angefragten Einrichtungen die Studie unterstützt hätte. Einige Einrichtungen seien nicht bereit gewesen die Anfragen an die dort wohnenden Frauen weiter zu geben. Per Zufallsverfahren seien zunächst die Orte, die Einrichtungen, ausgewählt worden. Die Frauen seien anhand ihrer Geburtsdaten –Welche Person hat als nächste Geburtstag?– ausgewählt worden, da keine Namen vorgelegen hätten. Damit niemand Druck auf die Frauen hätte ausüben können, seien sie durch Einhaltung der Anonymität und Nichtangabe des Interviewgrundes geschützt worden; alle Interviews seien ohne die Anwesenheit von Dritten durchgeführt worden. Einige Einrichtungen hätten auf eine schriftliche Anfrage bestanden. Trotz intensivster Bemühungen hätte man einzelne Einrichtungen nicht zu einer Teilnahme animieren können. Den Einrichtungen sei, genauso wie den Frauen, Anonymität zugesichert worden. Es seien verschiedene Tagungen durchgeführt worden; eine hätte mit 300 Personen in Bielefeld stattgefunden.

Sie führt aus, dass für diesen Bereich Fortbildungen erforderlich seien, denn aufgrund schierer Rat- und Hilflosigkeit sowie Handlungsunsicherheit könne oft nicht agiert werden. Teilweise würden Gewalterfahrungen auch nicht als solche erkannt. Bei dieser Prävention sei es auch ganz wichtig, dass die betroffenen Frauen nicht als hilflose Opfer wahrgenommen würden, um sie dadurch nicht erneut zu stigmatisieren.

Frau Ondrejka-Weber hält es für erforderlich, dass Fortbildungen für das Personal stattfinden und den betroffenen Frauen entsprechende Seminare/Kurse angeboten würden. Die Thematik müsse an die Öffentlichkeit gelangen, denn es müsse ein Bewusstsein für diese Situation geschaffen werden.

Frau Dr. Glammeier erörtert, dass im Internet auch weitere Projekte zu finden seien, die ebenfalls in diese Richtung gingen. Es sei bereits eine Studie zum Thema „Gewalt gegen Männer mit Behinderungen“, leider nicht in Einrichtungen, durchgeführt worden.

Auf Nachfrage von Frau Werbinsky teilt Frau Dr. Glammeier mit, dass für die Zukunft weitere Studien und ein Implementierungs-Workshop geplant seien. Bei diesem Workshop solle, auch mit denen die bei der Lobbyarbeit an vorletzter Stelle stünden, diskutiert werden, was es für die weitere politische und praktische Arbeit bedeute.

Frau Ersan führt zu einer weiteren Nachfrage von Frau Werbinsky aus, dass ihr das Thema sehr wichtig sei. Sie werde sich auf jeden Fall damit beschäftigen und in dem ihr möglichen Rahmen auch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit leisten. Sie habe diesen Vortrag von Frau Dr. Glammeier bewusst für diesen Ausschuss ausgewählt, damit die Ausschussmitglieder, als politische Vertretung des Kreises Unna, nicht über die Presse zum Thema informiert würden. Sie möchte gemeinsam mit dem Ausschuss Ideen sammeln und regelmäßig berichten und informieren.

Frau Olbrich-Steiner ergänzt, dass es innerhalb der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft im Kreis Unna eine Fachgruppe gebe, die sich mit dem Thema „Wohnen für Menschen mit Behinderungen, psychische Erkrankungen und Suchterkrankungen“ befasse. Das Thema „Gewalt in den Einrichtungen/Gewalterfahrungen“, nicht speziell auf Frauen bezogen, sei dort angesprochen worden. Im nächsten Jahr werde es ein Themenschwerpunkt in dieser Fachgruppe sein. Bei dieser Thematik sei vor allem Beharrlichkeit wichtig und Fortbil-

dungen sowie Öffentlichkeitsarbeit halte sie ebenfalls für erforderlich. Sie werde den Ausschuss auch zukünftig gerne informieren, sofern dies gewünscht sei.

Frau Dr. Glammeier erörtert, dass die Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention zurzeit bundesweite Fortbildungen durchführe. Hier könne man schauen, ob Unna bereits beteiligt sei bzw. noch beteiligt werden könne.

Herr Bangert führt aus, dass er die institutionelle, strukturelle Gewalt erschreckend fände. Es sei genau richtig, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt mit dieser fundamentalen Studie befasse, denn zurzeit werde auf die Inklusion zugegangen und versucht, entscheidende Wege zu diskutieren und zu verabschieden. Dass Gehörlose besonders häufig betroffen seien, erlebe er auch im Schulalltag. Von Bedeutung sei, dass bei zum Beispiel Versammlungen, Interviews, Behördengängen, usw., Gebärdendolmetscher anwesend seien. Dies sei aber häufig nicht durchführbar, da es auf dem Arbeitsmarkt zu wenig ausgebildete Gebärdendolmetscher gebe. Es sei eindeutig erkennbar, dass noch eine Menge zu tun sei.

Frau Dr. Glammeier teilt mit, dass es zu wenig Therapeutinnen und Therapeuten gebe, die in Gebärdensprache Therapien durchführen würden. Dies sei ein ganz wichtiger Aspekt, vor allem wenn man die hohe Gewaltbetroffenheit und die starken psychischen Beeinträchtigungen berücksichtige, die auch von den gehörlosen Frauen benannt worden seien. Es deute sich teilweise an, dass es in den Communities der gehörlosen Menschen auch traditionelle Paarbeziehungskonzepte zu geben scheine; unter Vorbehalt gesagt, denn dazu sei nicht geforscht worden. Es gebe hierzu die eine oder andere Veröffentlichung, die aber auch schon etwas älter sei.

Frau Streich führt aus, dass im Grunde vielen Bewohnern von Einrichtungen die Menschenrechte vorenthalten würden. Es sei wichtig, dass die Bewohner sich nicht entmündigt fühlten, wenn intime Angelegenheiten nicht bei ihnen bleiben dürften, zum Beispiel durch nicht abschließbare Toiletten.

Punkt 3 **Produktorientierter Haushalt 2013; 01.00.04 - Gleichstellung**
Vorlage: 178/12

Erörterung

Frau Ersan erläutert die Drucksache und teilt mit, dass sich keine großen Veränderungen ergeben hätten. Sie führt aus, dass sie auf Nachfrage von Herrn Ebner habe klären können, was es mit den sonstigen ordentlichen Erträgen auf sich habe. Dieser Ertrag habe nichts mit der Gleichstellungsarbeit zu tun, sondern mit den Personalangelegenheiten. Es habe sich ein Teilbetrag aus der Auflösung von Personalrückstellungen ergeben. Ein größerer Teilbetrag sei aus den Minderungen von Personalaufwendungen hervorgegangen und dies hänge mit ihrer Mutterschutzfrist zusammen.

Es lägen noch einige haushaltsrelevante Positionen aus den Fachbereichen 50 (Arbeit und Soziales), 51 (Familie und Jugend) und 53 (Gesundheit und Verbraucherschutz) vor. Hier wäre das Geld für die Familienhebammen entfallen, weil das Projekt ausgelaufen sei. Fest stehe, dass Competencia, die Nachfolgerin von der Koordinierungsstelle Frau und Beruf, werde zu 90 % vom Land finanziert und die restlichen 10 %, zuzüglich der Kosten für die Potenzialberatung von 5 Stunden, würden durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH getragen.

Diese Drucksache wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

